Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 15. Januar 2014
Ausgabe 009
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **3**
› „Kunst und Kultur für Respekt“: Kunst- und Kulturschaffende gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus 3
› Neues Internetportal informiert über Projekte der Stadtentwicklung 5
› „DECOLONIZE MÜNCHEN“: Nord Süd Forum München 6
› Autorenlesung in der Stadtbibliothek Moosach 6
› Vortrag „Jazz transatlantic“ mit Musik im Stadtmuseum 6
Antworten auf Stadtratsanfragen **7**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 16. Januar, 11 Uhr, Allerheiligen-Hofkirche der Residenz
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Verleihung des ADAC-Preises „Gelber Engel".

Samstag, 18. Januar, 11 Uhr,
Ostfriedhof München, St.-Martins-Platz 1
Kranzniederlegung zum 50. Todestag von Altoberbürgermeister Thomas Wimmer. Die Gedenkansprache hält Oberbürgermeister Christian Ude. Treffpunkt ist am Platz vor der Aussegnungshalle im Friedhof, anschließend gemeinsamer Gang zum Grab 61-1-2.
Am **Sonntag, 19. Januar, 11 Uhr, Saal des Alten Rathauses,** spricht OB Ude im Rahmen einer Veranstaltung der Thomas-Wimmer-Stiftung.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 22. Januar, 18 Uhr, Gasteig, Cafeteria im Erdgeschoss, Rosenheimer Straße 5 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 5 (Au – Haidhausen) mit der Vorsitzenden Adelheid Dietz-Will.

Mittwoch, 22. Januar, 19 Uhr, Gasteig, Besprechungsraum 4.156 (4. Obergeschoss, Aufzug in der Glashalle links neben der Cafeteria), Rosenheimer Straße 5 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 5 (Au – Haidhausen).

Mittwoch, 22. Januar, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Mittwoch, 22. Januar, 19 Uhr, Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 22 (Aubing – Lochhausen – Langwied) mit dem Vorsitzenden Dr. Josef Assal.

Mittwoch, 22. Januar, 19.30 Uhr, Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 22 (Aubing – Lochhausen – Langwied).

Meldungen

„Kunst und Kultur für Respekt": Kunst- und Kulturschaffende gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus
(15.1.2014) Münchens Kunst- und Kultureinrichtungen machen sich stark für ein friedvolles Zusammenleben vieler unterschiedlicher Menschen in der Stadt. Mehr als 30 Münchner Theater, Orchester, Museen, Bildungseinrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstler haben sich in der Initiative „Kunst und Kultur für Respekt" zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus aufzutreten. Im Rahmen einer Pressekonferenz haben heute Oberbürgermeister Christian Ude sowie Kunst- und Kulturschaffende das Projekt für mehr Toleranz vorgestellt. In Zusammenarbeit mit der städtischen Fachstelle gegen Rechtsextremismus wollen die beteiligten Einrichtungen bei zahlreichen Veranstaltungen ab 15. Januar darauf aufmerksam machen, wie sich rechtsgerichtete Propaganda in jüngster Zeit gewandelt hat.
In München wie in anderen bayerischen Kommunen sind Rechtsextremisten wie auch islamfeindliche Extremisten aktiv. Diese verknüpfen die Glaubensfrage mit der Integrationspolitik und suggerieren so eine vermeintlich wachsende Gefahr durch „fremde Kulturen" und „fremde Religionen". Rechtsextremisten und Rechtspopulisten instrumentalisieren gesellschaftliche Fragen und soziale Schieflagen und machen Migranten, Muslime oder Flüchtlinge dafür verantwortlich.
„Damit München eine weltoffene Stadt bleibt und auch so wahrgenommen wird, brauchen wir eine engagierte Kunst- und Kulturszene, die sich für ein demokratisches und respektvolles Miteinander stark macht", erklärt Oberbürgermeister Christian Ude.
Eine ganze Reihe namhafter Kulturschaffender und Einrichtungen steht hinter der Initiative:
Martin Kušej, Intendant des Residenztheaters München: „Es lässt sich beobachten, wie Rassismus schleichend eine Normalität gewinnt, die ebenso skandalös wie mittlerweile akzeptiert ist. Als Staatstheater sehen wir uns in der Verantwortung, das Thema rassistische Gewalt aufzugreifen und nach größeren Zusammenhängen zu fragen. Es reicht aber nicht, uns damit innerhalb unserer künstlerischen Arbeit zu beschäftigen, wir müs-

sen auch nach außen Stellung beziehen, wenn wir diesen Prozess der Normalisierung des Rechtsextremismus bekämpfen wollen."
Christian Stückl, Intendant des Münchner Volkstheaters: „Das Münchner Volkstheater engagiert sich mit unterschiedlichen Theaterabenden und Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus. Das Engagement gegen rechte Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Ausgrenzung sowie das Eintreten für ein offenes München sind für unsere Gesellschaft unglaublich wichtig. Denn es geht um die Zukunft unserer Demokratie und unser friedliches Zusammenleben."
Johan Simons, Intendant der Münchner Kammerspiele: „Es ist für mich selbstverständlich, dass wir als Theater mit politisch-humanistischem Anliegen die Themen Rechtsextremismus und Diskriminierung ansprechen. Dafür kann man nicht genug tun. Man muss sich dagegen wehren – immer."
Dr. Arne Ackermann, Direktor der Münchner Stadtbibliothek: „Die Münchner Stadtbibliothek ist mit ihrem vielfältigen Medienangebot und ihren zahlreichen Programmen unterschiedlichster kultureller und gesellschaftlicher Couleur eine genuin demokratische Institution. Öffentliche Plattform gerade auch für kontroverse Diskussionen kann sie allerdings nur bei einem klaren Bekenntnis aller zu einer demokratischen, toleranten und multikulturellen Stadtgesellschaft sein. Wir haben daher aus voller Überzeugung mit anderen Münchner Kulturinstitutionen die Initiative ‚Kunst, Kultur, Respekt' ins Leben gerufen."
Laura Pulz, Vorstandsmitglied Kreisjugendring-München: „Die vorherrschende Sprachlosigkeit angesichts des gehäuften Auftretens von rechtspopulistischen und islamophoben Gruppierungen und Einzelpersonen im öffentlichen Raum ist unerträglich und schreit einfach nach Aktivitäten. Doch diese dürfen auf keinen Fall reflexartig erfolgen, gleich einer Pflichtübung, sondern müssen gewitzt und streitbar zeigen, dass es sich einfach immer lohnt, gegen diese Tendenzen anzugehen."
Unter dem Dach der Initiative sind zahlreiche Einzelveranstaltungen in den beteiligten Institutionen geplant. Als Auftaktveranstaltung findet am 15. Januar im Residenztheater die Lesung „MIASANMIA" statt. Die Textcollage stellt aus verschiedenen Perspektiven Identitätskategorien in Frage und entwirft auf unterhaltsame Art und Weise die Vision eines postmigrantischen Gegen-Münchens. Bei der Veranstaltung „Hate Poetry" – einer Kooperation des Münchner Volkstheaters und der Münchner Stadtbibliothek – zitieren und kommentieren Journalisten mit Migrationshintergrund ihre schlimmsten Drohmails und Briefe. Die Münchner Kammerspiele planen darüber hinaus beispielsweise im Mai eine Veranstaltung anlässlich des Jahrestages der Bücherverbrennung sowie in Zusammenar-

beit mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat, der Färberei/Kreisjugendring-München und der Initiative „Gemeint sind wir alle“ eine Revue zum Thema Rechtsextremismus. Die Bayerische Staatsoper entwickelt außerdem eine Entdeckungsreise zum Thema „Die Unmögliche Enzyklopädie: ‚Judenquintett – Zigeunerchor'. Wie in der Oper das Fremde klingt“. Zahlreiche Veranstaltungen sind bereits geplant. Die Initiative aber ist „work in progress“: Neue Aktivitäten und Veranstaltungen kommen ständig hinzu. Weitere Informationen zur Initiative und zum Programm im Internet unter *www.kunstkulturrespekt.de*. Für Presseanfragen steht Dr. Miriam Heigl, Fachstelle gegen Rechtsextremismus der Landeshauptstadt München, unter fgr@muenchen.de oder Telefon 2 33-9 24 30 als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Neues Internetportal informiert über Projekte der Stadtentwicklung
(15.1.2014) Über große Projekte der Stadtentwicklung und Stadtplanung können sich Interessierte ab sofort noch besser im Internet informieren: Die Plattform „München MitDenken“ gibt einen Überblick, was gerade wo entwickelt wird und in welcher Form sich die Bürgerinnen und Bürger an den Planungen beteiligen können.
München verändert sich: Auf früheren Kasernenarealen entstehen neue Wohngebiete, Betriebe siedeln um, Flächen werden frei für Neues. Um den Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über all das zu geben, hat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung sein Internetportal *www.muenchen-mitdenken.de* weiterentwickelt. Alle größeren Vorhaben der Stadtentwicklung und Stadtplanung werden – inklusive deren Projektstatus – gebündelt und übersichtlich auf einer Karte dargestellt. Außerdem erfahren Interessierte, wie sie sich an den Planungen beteiligen können – sei es bei Workshops oder Zukunftswerkstätten, in Nachbarschaftsdialogen oder im Rahmen klassischer Beteiligungsschritte des Bau- und Planungsrechts wie der öffentlichen Auslegung. Um über aktuelle Neuigkeiten informiert zu werden, können Interessierte auch einen Newsletter oder RSS-Feed abonnieren. Außerdem weist das Referat auf Ausstellungen und andere projektbezogene Veranstaltungen hin, zum Beispiel die Präsentation erster Wettbewerbsergebnisse für das Wohngebiet auf dem Gelände der ehemaligen Bayernkaserne ab 21. Januar oder die Übergabe des Bürgergutachtens zum Kunstareal am 25. Februar.
Die Seite *www.muenchen-mitdenken.de* ist nicht neu. Sie war für die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzepts „Perspektive München“ entwickelt worden. Im Frühjahr 2012 hatten Interessierte die Gelegenheit, ihre Anregungen online auf der Seite einzubringen. Die Bürgerinnen und Bürger nutzten diese Chance sehr rege, insgesamt wurde das Portal bis heute knapp 270.000 Mal aufgerufen.

„DECOLONIZE MÜNCHEN“: Nord Süd Forum München

(15.1.2014) Im Rahmenprogramm zur Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN“ präsentieren Marita Matschke und Johanna Donner am Sonntag, 19. Januar, um 11 Uhr im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, unter dem Motto „Aktionsraum: Vereine und Initiativen stellen sich vor“ das Nord Süd Forum München e.V.
Das Nord Süd Forum München ist der lokale, politische Zusammenschluss der Eine-Welt-Initiativen. Gemäß dem Motto „global denken – lokal handeln“ engagiert sich das Nord Süd Forum in München für mehr internationale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und Frieden und fördert globales Lernen. Kolonialgeschichte aufzuarbeiten und neuen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung entgegenzuwirken, ist dem Nord Süd Forum wichtig, um eine gemeinsame Zukunft der Länder des Nordens und des Südens zu ermöglichen.
Der Eintritt kostet 7 Euro, ermäßigt 3,50 Euro. Die Teilnahme ist gebührenfrei.

Autorenlesung in der Stadtbibliothek Moosach

(15.1.2014) Am Freitag, 17. Januar, um 19.30 Uhr ist Wolfgang Knittel mit einer Lyrik-Lesung in der Stadtbibliothek Moosach, Hanauer Straße 61a, Telefon 3 09 05 47 90, zu Gast. Der aus München stammende Autor war dort lange als Philologe (Romanist und Latinist) tätig. Später führte ihn sein beruflicher Werdegang für Jahre ins europäische Ausland, wo er bei Lesungen vor deutschen Vereinen erstmals auch als Autor und Interpret eigener Lyrik in Erscheinung trat. Sein neuer Gedichtband „Borkenrisse“ soll Lyrik einem breiteren Publikum zugänglich machen. Die Texte sind formal traditionell, zeigen aber auch einen ganz eigenen Ansatz: Eingebettet in philosophische und gesellschaftspolitische Reflexionen, steht nun Biografisches und Persönliches im Vordergrund. In einem weiten Bogen geht es um den Einzelnen in der Gemeinschaft, um seine Befindlichkeiten, die in der Kindheit wurzeln und widersprüchlichsten Einflüssen ausgesetzt sind – und dennoch schließlich auch in Frieden münden. Der Eintritt ist frei.

Vortrag „Jazz transatlantic“ mit Musik im Stadtmuseum

(15.1.2014) In der Sammlung Musik im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, findet am Sonntag, 19. Januar, um 11 Uhr der Vortrag „Jazz transatlantic – the history of Jazz in Southern Africa“ von Professor Dr. Gerhard Kubik und Dr. Moya A. Malamusi mit Bildern, Tonbeispielen und Livedemonstrationen auf verschiedenen Instrumenten statt. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 15. Januar 2014

Baumfällung an der Taku-Fort-Straße
Anfrage Stadtrat Hans Podiuk (CSU) vom 18.10.2013

Auswirkungen der Pläne für die Hallen der Deutschen-Schlafwagen-Gesellschaft (DSG) auf die Verkehrssituation
Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU) vom 8.11.2013

Her mit dem „Münchner Kita-Mängelbericht" – wie geht es an Münchner Kindergärten wirklich zu?
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 4.1.2013

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge" – weitere Fragen
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 7.10.2013

250.000 Euro für jüdische Kita-Plätze in München – warum musste es unbedingt die Israelitische Kultusgemeinde sein?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.12.2013

Baumfällung an der Taku-Fort-Straße
Anfrage Stadtrat Hans Podiuk (CSU) vom 18.10.2013

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Mit Schreiben vom 18.10.2013 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird.

In Ihrer Anfrage greifen Sie einen baumschutzrechtlichen Fall auf, bei dem die Landeshauptstadt München vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht vor Kurzem einen Vergleich erzielte. Der Fällantrag wurde hauptsächlich damit begründet, dass eine Gasleitung im Vorgarten in unmittelbarer Nähe zu einem Baum im Falle eines Umsturzes oder einer Durchdringung mit dessen Wurzeln gefährdet sein könnte.

Frage 1:
Treffen die Presseberichte zu?

Antwort:
Die 8. Kammer des Verwaltungsgerichts München machte in der mündlichen Verhandlung deutlich, dass sie von einem gesteigerten Gefährdungspotenzial ausgehe, da die Gasleitung in geringer Entfernung zum Stamm der Zeder verläuft. Es sei nicht absehbar, wie die Wurzelbildung verlaufe und daher sei auch eine Gefährdung der Gasleitung nicht auszuschließen. Letztlich blieb die Frage offen. Der Fall eignet sich auch nach Ansicht des Bayerischen Verwaltungsgerichts nicht für eine Grundsatzentscheidung. Man einigte sich schließlich auf einen gerichtlichen Vergleich. Insoweit ist der Fall in der Presse richtig dargestellt.

Frage 2:
Wenn ja: Welche Gründe haben die LbK bewogen, in der Abwägung dem Baumschutz Vorrang zu gewähren und das Risiko einer beschädigten Gasleitung einzugehen?

Antwort:
Aus Sicht der beklagten Landeshauptstadt München lag hier kein gesteigertes Risiko vor. Es ist im Stadtgebiet München kein einziger Fall bekannt, in dem eine Gasleitung durch einen umstürzenden Baum beschädigt wurde. Auch befindet sich die Zeder in einem vitalen Zustand und ist

durch ihre Lage nahe beim Haus insbesondere auch keinen besonderen Windlasten ausgesetzt. Anhaltspunkte dafür, dass die Wurzeln des Baumes die Leitung in Mitleidenschaft gezogen haben, gab es und gibt es nicht.

Frage 3:
Welche Ansprüche hätten gegen die Stadt bestanden, hätte sich diese Entscheidung als falsch herausgestellt?

Antwort:
Schadenersatzansprüche aus Amtshaftung gegen die Stadt München wären nur denkbar, wenn der Vorwurf der Fahrlässigkeit erhoben werden kann. Das wäre nur dann der Fall, wenn die Gefährdungslage offensichtlich war oder aber vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung – Untere Naturschutzbehörde hätte erkannt werden müssen.

Frage 4:
Welche Konsequenzen wird die LbK aus diesem Urteil für künftige Fälle ziehen?

Antwort:
Die Frage, ob allein die Nähe eines Stammes eines gesunden Baumes zu einer Gasleitung schon eine konkrete Gefährdung darstellt, ist bis heute nicht gerichtlich entschieden. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – Lokalbaukommission erhält sich die prozessuale Möglichkeit vor, diese Frage ggf. in einem geeigneten Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof klären zu lassen. Bei der Zeder in der Taku-Fort-Straße waren letztlich die Aussagen des Verwaltungsgerichts vor Ort und die persönliche Situation des Klägers ausschlaggebend dafür, dass man sich hier in einem Vergleich auf eine Fällung gegen Ersatzpflanzung geeinigt hat.

Frage 5:
Ist die LbK nicht der Meinung, dass dem berechtigten Anliegen des Baumschutzes Schaden zugefügt wird, wenn er nicht mit Augenmaß vollzogen wird?

Antwort:
Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – Untere Naturschutzbehörde vollzieht den Baumschutz mit Augenmaß. Kranke oder stark beschädigte Bäume werden regelmäßig zur Fällung freigegeben. Bei offen-

sichtlichen Gefährdungslagen müssen auch vitale Bäume gefällt werden. Es bedeutet keinen Verstoß gegen das Übermaßverbot, wenn in Zweifelsfällen die Abwägung zu Gunsten eines vitalen Baumes ausfällt.

Auswirkungen der Pläne für die Hallen der Deutschen-Schlafwagen-Gesellschaft (DSG) auf die Verkehrssituation
Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU) vom 8.11.2013

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Mit Schreiben vom 08.11.2013 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird.

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:
„Auswirkungen der Pläne für die Hallen der Deutschen-Schlafwagen-Gesellschaft (DSG) auf die Verkehrssituation."

Frage 1:
Mit welchen Verkehrszuwächsen ist aufgrund der geplanten Nutzung zu rechnen?

Antwort:
Für das Gelände Brunhamstraße 19a liegt dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung – Lokalbaukommission (LBK) ein Vorbescheid für die Nutzungsänderung eines Schlafwagenreparaturbetriebs in einen Antik-/Trödelmarkt, Werkstätten, Ausstellungshalle und Ateliers vor.

Im Zuge des Vorbescheids- bzw. des Baugenehmigungsverfahrens wurde zur Bewertung der verkehrlichen Auswirkungen des Vorhabens auf die nahe Umgebung die Erstellung eines Verkehrsgutachtens angeregt. Dieses wurde zwischenzeitlich vom Antragsteller in Auftrag gegeben. Dieses wird nach Fertigstellung sowohl vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung als auch vom Kreisverwaltungsreferat geprüft.

Es sollen ca. 230 PKW-Stellplätze errichtet werden. Auf die Veranstaltungshalle wird vorerst verzichtet. (Weiter ist vorgesehen, dass demnächst ein Bauantrag für die oben genannten Nutzungen mit Verkehrs- und Lärmgutachten eingereicht wird.) Eine Aussage darüber, mit welchen Verkehrszuwächsen aufgrund der geplanten Nutzung zu rechnen ist, ist erst nach Vorliegen der Gutachten möglich.

Frage 2:
Wie kann der Verkehr vom umliegenden Straßennetz aufgenommen werden?

Antwort:
Eine Aussage hierüber kann erst nach Vorliegen und Prüfung des o.g. Verkehrsgutachtens getroffen werden.

Frage 3:
Welche Maßnahmen zur Verkehrsbewältigung plant die Stadt?

Antwort:
S. Antwort zu Frage 2.

Frage 4:
Können Verbesserung für Fußgänger erreicht werden?

Antwort:
S. Antwort zu Frage 2.

Her mit dem „Münchner Kita-Mängelbericht" – wie geht es an Münchner Kindergärten wirklich zu?
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 4.1.2013

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

In Ihrem Antrag teilten Sie Folgendes mit:
„Ich beantrage:
Dem Stadtrat wird ein vom Referat für Bildung und Sport zu erstellender ‚Münchner Kita-Mängelbericht' vorgelegt, der u.a. Angaben zu folgenden Fragen enthält:

- *An wie vielen und welchen Münchner Kindertagesstätten müssen – möglichst aktueller Stand – Schadstoffmessungen durchgeführt werden oder wurden 2012 durchgeführt? Mit welchen Ergebnissen?*
- *An wie vielen und welchen Münchner Kindertagesstätten müssen – möglichst aktueller Stand – Maßnahmen zur Schädlingsbekämpfung durchgeführt werden oder wurden 2012 durchgeführt?*
- *Wie viele und welche Kindertagesstätten in München – städtische und solche in freier und kommerzieller Trägerschaft – arbeiten derzeit wegen fehlenden Personals unterhalb der vollen Kapazitäten, d.h. mussten Gruppen schließen oder planen (Teil-)Schließungen?*
- *An wie vielen und welchen Münchner Kindertagesstätten werden Kinder von einer signifikant unterbesetzten Betreuerinnen-Belegschaft betreut?*
- *An wie vielen und welchen Münchner Kindertagesstätten kommt es infolge herrschenden Personalmangels zu Engpässen bei der Ausreichung der Mahlzeiten?*

Begründung:
Dass die Münchner Kindertagesstätten unter akutem Personalmangel leiden, ist ein offenes Geheimnis. Erst kürzlich berichtete die ‚Süddeutsche Zeitung' unter Berufung auf das Referat für Bildung und Sport, dass wegen fehlender Erzieherinnen Gruppen in vorhandenen Einrichtungen möglicherweise aufgelöst werden müssten; auch neu fertiggestellte Einrichtungen könnten wegen Personalmangels nicht sofort mit voller Auslastung in Betrieb gehen. Zudem gerate das Ziel in Gefahr, bis zum Sommer 2013 den Rechtsanspruch auf einen Kinder-Betreuungsplatz zu erfüllen. Noch weitaus schlimmere Folgen des fehlenden Personals musste die Stadt –

ebenfalls laut Tagespresse – in der Antwort auf eine Stadtratsanfrage vom 19.12.2012 (‚Situation am Städtischen Kindergarten und Hort an der Blumenauer Straße 9 verbessern', StR-Antrags-Nummer 08-14/F 01441) einräumen. An der fraglichen Kita werden von Kindern und Eltern schlimme hygienische Verhältnisse, Unfälle, Verletzungsgefahr und selbst Ratten und Mäuse beklagt; überforderte Betreuerinnen hätten gekündigt. Stadtseitig wird eingeräumt, dass ‚dringend' Schädlingsbekämpfung und Schadstoffmessungen durchgeführt werden müssten (nach: http://www.tz-online.de/aktuelles/muenchen-west/stadt-gibt-katastrophalezustaende-kindergarten-blumenauer-strasse-2675282.html; aufgerufen: 04.01.2012, 1.55 Uhr). Stadtseitig wird aber auch eingestanden, dass man über das tatsächliche Ausmaß der herrschenden Personalnot und ihre Folgen gar keinen Überblick habe. Die SZ zitiert Referatssprecherin Eva-Maria Volland mit dem Eingeständnis: ‚Die Stadt habe aber keinen genauen Überblick über die Situation, im Moment sehe man nur ‚Schlaglichter'.' (zit. nach: http://www.sueddeutsche.de/muenchen/zu-wenigeerzieher-in-muenchen-kitas-von-schliessung-bedroht-1.1514714; aufgerufen: 04.01.2012, 2.06 Uhr). Nicht nur sind die geschilderten, an Münchner Kindertagesstätten herrschenden Zustände – es mag sich um Einzelfälle handeln – für sich genommen skandalös. Auch die augenscheinlich bei der Stadt herrschende Unkenntnis über das tatsächliche Ausmaß des Desasters ist es. Es ist völlig inakzeptabel, dass die Stadt über die Situation an den unter ihrer Obhut stehenden Kindertagesstätten – es sind allein 430 städtische – offenbar nur ‚schlaglicht'artig informiert ist. Hier ist dringend eine geordnete Bestandsaufnahme zu fordern. Ein detaillierter Mängelbericht, in dem die derzeit fehlenden Informationen über die Situation an den Münchner Kindertagesstätten zusammengefasst sind – insbesondere zu den Aspekten Personalnot und hygienische Verhältnisse –, wäre ein geeignetes Medium, um Stadtrat und Öffentlichkeit detailliert zu informieren. Es scheint hoch an der Zeit."

Bevor ich die von Ihnen im Einzelnen gestellten Fragen beantworte, möchte ich zu Beginn meiner Ausführungen auf die von Ihnen angesprochene Situation an der städtischen Kindertagesstätte Blumenauer Straße 9 und die diesbezügliche Anfrage von Herrn Stadtrat Josef Schmid vom 19.12.2012 eingehen. Die Anfrage gemäß § 68 GeschO wurde seitens des Referates für Bildung und Sport am 27.02.2013 beantwortet, worauf an dieser Stelle hingewiesen sei. Ergänzend hierzu ist festzuhalten, dass die Kindertagesstätte Blumenauer Straße 9 sich in einem sicheren und hygienisch einwandfreien Zustand befindet. Alle für den weiteren Betrieb erforderlichen baulichen Maßnahmen wurden durchgeführt. Die Schädlingsbe-

kämpfungsmaßnahme wurde ebenfalls bereits abgeschlossen. Die aus gesundheitlichen Vorsorgegründen durchgeführte Raumluftmessung ergab niedrige und unauffällige Werte, welche sämtliche Richtwerte einhalten bzw. sogar unterschreiten.

Die von Ihnen dargestellten Zustände im Kindertageseinrichtungsbereich können vonseiten des Referats für Bildung und Sport jedoch keineswegs bestätigt werden. Sämtliche Einrichtungen werden kontinuierlich seitens der jeweils zuständigen Dienststellen der Landeshauptstadt München auf deren baulichen, sicherheitskonformen und hygienischen Zustand überprüft.

Zu den von Ihnen im Einzelnen gestellten Fragen möchte ich nun im Folgenden eingehen:

Frage 1:
An wie vielen und welchen Münchner Kindertagesstätten müssen – möglichst aktueller Stand – Schadstoffmessungen durchgeführt werden oder wurden 2012 durchgeführt? Mit welchen Ergebnissen?

Antwort:
Im Jahr 2012 wurden in den Bestandsbauten der städtischen Kindertageseinrichtungen insgesamt 13 Schadstoffuntersuchungen durch das Zentrale Immobilienmanagement des Referats für Bildung und Sport beim Referat für Gesundheit und Umwelt veranlasst. In nahezu all diesen Fällen konnte Entwarnung gegeben werden. Bei drei Fällen wurden bauliche resp. technische Maßnahmen veranlasst, welche dann zu einer Bereinigung der Angelegenheit geführt haben.

Frage 2:
An wie vielen und welchen Münchner Kindertagesstätten müssen – möglichst aktueller Stand – Maßnahmen zur Schädlingsbekämpfung durchgeführt werden oder wurden 2012 durchgeführt?

Antwort:
Unter die Schädlingsbekämpfung in städtischen Kindertageseinrichtungen fallen unterschiedliche Maßnahmen gegen kriechende und fliegende Schädlinge, sowie die Bekämpfung von Mäusen und Ratten, die Beseitigung von Taubenkot und Wespennestern in und in einem begrenzten Umfang um die Gebäude herum. Die Stadt München hat für die vorstehenden Maßnahmen einen Rahmenvertrag mit einer dafür autorisierten Fachfirma

abgeschlossen, so dass bei Schädlingsbefall, bei Taubenkot, aber auch bei Wespennestern sofort reagiert werden kann. Aufgrund der Vielfalt an Maßnahmen, die im Bereich der Schädlingsbekämpfung in den Kindertageseinrichtungen durchgeführt werden, liegen gesammelte statistische Erhebungen dieser Maßnahmen nicht vor. Dies ist auch nicht vorgesehen, da es sich hierbei in aller Regel um Kleinstmaßnahmen (wie z.B. die Entfernung von Taubenkot) handelt, deren Gesamtsumme ohnehin keinen belastbaren Rückschluss auf die Qualität bzw. Sicherheit und Sauberkeit der städtischen Kindertageseinrichtungen zulässt.

Frage 3:
Wie viele und welche Kindertagesstätten in München – städtische und solche in freier und kommerzieller Trägerschaft – arbeiten derzeit wegen fehlenden Personals unterhalb der vollen Kapazitäten, d.h. mussten Gruppen schließen oder planen (Teil-)Schließungen?

Antwort:
Derzeit (Stand 23.10.2013) gibt es in 13 städtischen Einrichtungen freie Plätze, die auf Grund von Personalmangel nicht nachbelegt werden können. Bis dato gab es keine Schließungen oder Teilschließungen von Gruppen oder Einrichtungen. Es kam allenfalls zu Randzeiteneinschränkungen.

In freigemeinnütziger und sonstiger Trägerschaft ist dem Referat für Bildung und Sport derzeit weder eine Kindertageseinrichtung noch eine Eltern-Kind-Initiative bekannt, die wegen Personalmangels schließen muss oder dies plant.

Frage 4:
An wie vielen und welchen Münchner Kindertagesstätten werden Kinder von einer signifikant unterbesetzten Betreuerinnen-Belegschaft betreut?

Antwort:
Durch Umstrukturierungen und eine effiziente Personaleinsatzplanung konnten signifikante Unterbesetzungen in städtischen Kindertageseinrichtungen auf Dauer vermieden werden.
In freigemeinnütziger und sonstiger Trägerschaft werden an keiner Kindertageseinrichtung Kinder unterhalb des gesetzlich vorgegebenen Anstellungsschlüssels (vgl. § 17 AVBayKiBiG) betreut.

Frage 5:
An wie vielen und welchen Münchner Kindertagesstätten kommt es infolge herrschenden Personalmangels zu Engpässen bei der Ausreichung der Mahlzeiten?

Antwort:
Alle anwesenden Kinder konnten in städtischen Kindertageseinrichtungen bisher ausreichend bei der Ausgabe der Mahlzeiten bedient werden.

„Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ – weitere Fragen
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 7.10.2013

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 07.10.2013 führen Sie Folgendes aus:

„Gegenwärtig sind in der bayerischen Landeshauptstadt rund 1200 ‚unbegleitete minderjährige Flüchtlinge' (sogenannte ‚UMFs') untergebracht. München kommt damit für die Unterbringung von mehr als 80 Prozent als ‚unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge' in Bayern auf. Legt man als Vergleichsgrößen die Einwohnerzahl Bayerns und Münchens (12,520 Mio. bzw. 1,439 Mio.) zugrunde sowie die Tatsache, dass die Münchner Bevölkerung etwa 11,5 Prozent der Einwohner des Freistaats ausmacht, nimmt München somit 65,5 Prozent zu viele ‚minderjährige unbegleitete Flüchtlinge' auf und trägt die Kosten. – Es ergeben sich weitere Fragen.“

Zu Ihrer Anfrage vom 07.10.2013 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Werden unverändert Unterbringungseinrichtungen außerhalb Münchens durch die zur Unterbringung heranstehenden „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“ abgelehnt? Mit welcher Begründung? Mit welchen Konsequenzen?

Antwort:
Dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) aus der Erstaufnahmeeinrichtung für umF in der Landeshauptstadt München in Einrichtungen der Jugendhilfe bayernweit verlegt werden, ist ein noch neues – vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Integration – initiiertes Verfahren. Zwischen den beteiligten Institutionen ist ein auf Erfahrungen gestütztes und zielführendes Verfahren dazu vereinbart. Die Vorschriften des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII) sind dabei zu beachten. Dies betrifft auch die Partizipation der Jugendlichen und das Wunsch- und Wahlrecht im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Auf diese Weise werden sehr viele Jugendliche außerhalb Münchens untergebracht. Es ist davon auszugehen, dass sich dieses Verfahren weiter etabliert.

Frage 2:
Laut der bayerischen Sozialministerin Christine Hadertauer (CSU) „waren zuletzt nur fünf Prozent der minderjährigen Asylbewerber nicht in Jugendhilfeeinrichtungen" (...). In welcher Art von „Jugendhilfeeinrichtungen" war der große Anteil von 95 Prozent der Jugendlichen untergebracht?

Antwort:
Diese Frage ist an das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration zu richten.

**250.000 Euro für jüdische Kita-Plätze in München –
warum musste es unbedingt die Israelitische Kultusgemeinde sein?**
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.12.2013

Antwort Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz:

In Ihrer Anfrage vom 02.12.2013 legen Sie dar: *„Laut einem Bericht der ‚Abendzeitung' vom 29.11.2013 ‚freuten' sich einschlägige Protagonisten der Münchner Stadtgesellschaft, konkret: die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde, Charlotte Knobloch, der Münchner OB Christian Ude und der Chef der Münchner Stadtsparkasse, Harald Strötgen. Grund der Freude: die Übergabe eines 250.000-Euro-Schecks an die Israelitische Kultusgemeinde. Mit dem Geld, das offenbar von der Stiftung ‚Wir helfen München' eingeworben wurde, soll in der Möhlstraße in einem denkmalgeschützten Gebäude eine Kinderkrippe und ein Kindergarten für die jüdische Klientel in München errichtet werden. Laut AZ freut sich Charlotte Knobloch: ‚Die Kinderkrippe ist ein weiterer wichtiger Meilenstein für die Sicherung der jüdischen Gemeinschaft in München und Bayern.' – Bei soviel Freude stellen sich gleichwohl Fragen."*

Herr Oberbürgermeister hat mich mit der Beantwortung Ihrer Anfrage in dieser Angelegenheit beauftragt. In Übereinstimmung mit Herrn Oberbürgermeister nehme ich daher zu Ihren Fragen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Warum mussten die eingeworbenen 250.000 Euro ausgerechnet der Israelitischen Kultusgemeinde zur Errichtung neuer Kindergarten- und Kita-Plätze übergeben werden – gab es keinen Bedarf bei städtischen Kindergarten- und Kita-Einrichtungen, die bekanntlich unter chronischer Finanznot leiden?

Frage 2:
Wie und in welchem Gremium kam die Entscheidung, die eingeworbene Summe in Höhe von 250.000 Euro der Israelitischen Kultusgemeinde für die Einrichtung von Kita-Plätzen für jüdische Kinder zukommen zu lassen, zustande? Stand auch die Übergabe der Summe an städtische – nichtjüdische – Kita-Einrichtungen zur Diskussion?

Frage 3:
Nachdem auch das Jüdische Zentrum am Jakobsplatz über eine eigene Kinderbetreuungseinrichtung verfügt: wie rechtfertigt sich der Bedarf an

einer weiteren eigenen jüdischen Kinderbetreuungseinrichtung in München? Wie entwickelten sich die Zahlen betreuungsbedürftiger jüdischer Kinder in München seit 2005? Warum können diese jüdischen Kinder nicht an städtischen Kita-Einrichtungen betreut werden?

Frage 4:
Inwieweit sind in den Kosten für die in der Möhlstraße entstehende jüdische Kita-Einrichtung bereits die Kosten für besondere Sicherheitsmaßnahmen inbegriffen? Die Frage bezieht sich auf den Umstand, dass der Schulausschuss der Stadt München im April 2009 auf Antrag der Israelitischen Kultusgemeinde vom 6.10.2008 bereits die Auszahlung eines jährlichen „freiwilligen Zuschusses in Höhe von 240.000 Euro zu den Aufwendungen für die Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern für die pädagogischen Einrichtungen (St. Jakobs-Platz)" bewilligte. Bei diesen handelt es sich um eine jüdische Ganztagsschule, einen Kindergarten, ein Jugend- und Kulturzentrum sowie eine Krabbelgruppe. Am St. Jakobs-Platz herrscht laut Polizeidirektion eine „verschärfte" Sicherheitslage, weshalb die Stadt dem Antrag der Israelitischen Kultusgemeinde auf Bezuschussung in der genannten Höhe zustimmte. Eine vergleichbare Sicherheitssituation wird auch für den künftigen israelitischen Kita-Standort in Bogenhausen gegeben sein, weshalb sich die Frage nach den auch hier anfallenden Sicherheitskosten stellt.

Antwort:
Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich der Stiftung fallen. Mangels eigener Zuständigkeit der Landeshauptstadt München kann eine Beantwortung Ihrer Fragen nur durch die Stiftung erfolgen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 15. Januar 2014

Sportangebote für Münchner Seniorinnen und Senioren I
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Reinhard Bauer, Verena Dietl, Haimo Liebich, Christian Müller, Heide Rieke, Birgit Volk und Beatrix Zurek (SPD)

Sportangebote für Münchner Seniorinnen und Senioren II – Einsatz von Spielekonsolen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Reinhard Bauer, Verena Dietl, Haimo Liebich, Christian Müller, Heide Rieke, Birgit Volk und Beatrix Zurek (SPD)

Sportangebote für Münchner Seniorinnen und Senioren III – mit Mehrgenerationenparks und Aktionsparcours
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Reinhard Bauer, Verena Dietl, Haimo Liebich, Christian Müller, Heide Rieke, Birgit Volk und Beatrix Zurek (SPD)

Auswirkungen der Pläne für die Hallen der Deutschen-Schlafwagen-Gesellschaft (DSG) auf die Verkehrssituation
Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Schulsozialarbeit für Pflegeberufe
Antrag Stadträtin Eva Caim (CSU)

Zur Lage im südlichen Bahnhofviertel
Antrag Stadtrat Georg Schlagbauer (CSU)

Lernen vom Projekt „Essbare Stadt“ in Andernach Aufnahme von Nutzpflanzen in das Pflanzkonzept für öffentliche Grünanlagen
Antrag Stadträtin Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Verena Dietl
Christian Müller
Dr. Reinhard Bauer
Haimo Liebich
Heide Rieke
Birgit Volk
Beatrix Zurek
Stadtratsmitglieder

München, 15.01.2014

Sportangebote für Münchner Seniorinnen und Senioren I

Antrag:

Das Sozialreferat, das Referat für Bildung und Sport – Sportamt - , die Münchner Volkshochschule und die Wohlfahrtsverbände werden gebeten, die bestehenden Sportangebote und die Situation der Hallenbelegungen speziell für Seniorinnen und Senioren darzustellen.

Bei Bedarf sind weitere Angebote zu entwickeln und unbürokratisch anzubieten. Auch sind Nutzungen von weiteren kleineren (Gymnastik-)Räumen und Kooperationen mit Kindertageseinrichtungen zu prüfen.

Begründung:

Leicht zugängliche Sportangebote ermöglichen Münchner Seniorinnen und Senioren, sich gesund und fit zu halten und dabei auch soziale Kontakte zu pflegen. Ältere bis sogar hochbetagte Sportlerinnen und Sportler sollten zum festen Bestandteil der Gesellschaft gehören. Es bedarf einer Darstellung des jetzigen Angebots und der Hallenbelegungen.

Bei Bedarf können zusätzliche Angebote im Seniorensport die bestehenden Kurse weiter ergänzen. Mit neuen Kooperationen, zum Beispiel mit Sporträumen von Kindertageseinrichtungen, können sportliche Bedarfe von jung bis alt noch besser abgedeckt werden.

gez.

Verena Dietl
Christian Müller
Dr. Reinhard Bauer
Haimo Liebich
Heide Rieke
Birgit Volk
Beatrix Zurek

Mitglieder des Stadtrats

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Verena Dietl
Christian Müller
Dr. Reinhard Bauer
Haimo Liebich
Heide Rieke
Birgit Volk
Beatrix Zurek

Stadtratsmitglieder

München, 15.01.2014

Sportangebote für Münchner Seniorinnen und Senioren II – Einsatz von Spielekonsolen

Antrag:

Das Sozialreferat, wird gebeten, im Rahmen neuer Sportangebote speziell für Seniorinnen und Senioren in den Alten- und Servicezentren entsprechende Spielekonsolen zur Verfügung zu stellen. Ehrenamtliche Trainerinnen und Trainer können diese Angebote betreuen.

Begründung:

Mit Trainerinnen und Trainern können über Spielekonsolen, wie zum Beispiel „Wii“, selbst Sportarten ausgeübt werden, die mitten in der Stadt so nicht möglich wären. Seniorinnen und Senioren können Golf spielen, Balanceübungen durchführen oder sich zum Kegelabend treffen. Für neue Sportarten benötigt man keine teure Ausstattung.

Mit den entsprechenden Trainerinnen und Trainern werden die Seniorinnen und Senioren gut betreut. Ein großer Vorteil einer Spielekonsole ist die Angebotsvielfalt, die Flexibilität auch bei Bewegungseinschränkungen und schnelle Fortschritte in Konzentration und Koordination.

gez.

Verena Dietl
Christian Müller
Dr. Reinhard Bauer

Haimo Liebich
Heide Rieke
Birgit Volk
Beatrix Zurek

Mitglieder des Stadtrats

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Verena Dietl
Christian Müller
Dr. Reinhard Bauer
Haimo Liebich
Heide Rieke
Birgit Volk
Beatrix Zurek

Stadtratsmitglieder
München, 15.01.2014

Sportangebote für Münchner Seniorinnen und Senioren III - mit Mehrgenerationenparks und Aktionsparcours

Antrag:

Das Sozialreferat, das Referat für Bildung und Sport – Sportamt - , die Münchner Volkshochschule und die Wohlfahrtsverbände werden gebeten, im Rahmen neuer Sportangebote für Seniorinnen und Senioren Mehrgenerationenparks und Aktionsparcours zu entwickeln.

Begründung:

Mit solchen kostenlosen Parcours und Trainingsgeräten in Parks und Gärten können sich Seniorinnen und Senioren leicht zugänglich und zeitlich völlig flexibel sportlich betätigen. Andere Städte haben gute Erfahrungen, da die Nutzerinnen und Nutzer ganz gezielt ihre Koordination, Kraft, Beweglichkeit und Ausdauer stärken können. Selbst für Hochbetagte können entsprechende Geräte eine gute Trainingsmöglichkeit bieten, die sie so in klassischen Fitnessstudios so nicht finden.

gez.

Verena Dietl
Christian Müller
Dr. Reinhard Bauer

Haimo Liebich
Heide Rieke
Birgit Volk
Beatrix Zurek

Mitglieder des Stadtrats

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid

ANTRAG
15.01.14

Auswirkungen der Pläne für die Hallen der Deutschen-Schlafwagen-Gesellschaft (DSG) auf die Verkehrssituation

Das Verkehrsgutachten zur Bewertung der verkehrlichen Auswirkungen der Pläne auf o.g. Gelände werden dem Stadtrat vorgestellt.

Begründung:
Auf meine Anfrage vom 08.11.2013 zu den Auswirkungen der Pläne für die Hallen der Deutschen-Schlafwagen-Gesellschaft auf die Verkehrssituation teilte das Planungsreferat mit, dass der Antragsteller derzeit ein Verkehrsgutachten erstellen lässt.

Dieses Gutachten soll nach Prüfung und Bewertung durch die Verwaltung auch dem Stadtrat vorgelegt werden.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin
Eva Caim

ANTRAG
15.01.14

Schulsozialarbeit für Pflegeberufe

Die Akademie für Pflegeberufe schafft Planstellen für die dringend notwendige Schulsozialarbeit.
Die Finanzierung der Planstellen wird durch einen Betrauungsakt der Landeshauptstadt München gesichert.

Begründung:
Der Mangel an Pflegepersonal hat deutlich zu genommen und wird weiter laufend steigen.
Die Probleme sind vielfältig und müssen dringend aufgegriffen werden.
Die Berufsfachschulen für Kranken- und Kinderkrankenpflege bei der Landeshauptstadt München umfassen ca. 460 Ausbildungsplätze.
Erfreulicherweise steigen die Bewerbungen von Migrantinnen und Migranten.
Die Schüler und Schülerinnen an der Akademie sind zwischen 16-22 Jahren. Um sich ausbilden zu lassen, verlassen sie ihr Elternhaus und ziehen in ein Schülerwohnheim.
Die Auszubildenden werden theoretisch und praktisch im Blocksystem ausgebildet.
In der Praxis erleben sie dort schwerkranke Frühgeborene, Kinder, Jugendliche, Erwachsene und alte Menschen. Sie müssen mit belastenden Situationen im Berufsalltag (Geburt, Krankheitsverläufe, Notfallversorgung, Sterbephasen und Tod) umgehen.
Die praktische Ausbildungssituation in der Pflege hat sich in den letzten Jahren durch Zeitverknappung, Arbeitsverdichtung, Personalmangel usw. dramatisch verschlechtert.
Die Bewerbungen für die Pflegeberufe sind stark rückläufig (2004 ca. 2800, 2013 1100)
Die Ausbildungsabbrüche nehmen zu und der individuelle Betreuungsaufwand in dem neuen Lebensabschnitt steigt deutlich an.
Schulsozialarbeit, um den Nachwuchs in den Pflegeberufen zu fördern, ist bisher nicht finanziert.
Schulsozialarbeit bietet eine niedrigschwellige Unterstützung und Beratung von Jugendlichen durch pädagogische Fachkräfte.
Die Landeshauptstadt München kann durch einen Betrauungsakt die Finanzierung von Schulsozialarbeit übernehmen und damit einen Beitrag zur Erhöhung der Ausbildungsreife und dem Verbleib der Schülerinnen und Schüler in den Ausbildungsgängen nachhaltig beeinflussen.

Eva Caim, Stadträtin

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Georg Schlagbauer

ANTRAG
15.01.14

Zur Lage im südlichen Bahnhofviertel

Dem Stadtrat wird dargelegt, zu welchen sozialen Problemen es im südlichen Bahnhofviertel durch die verstärkt auftretenden Bettler und den sich formierenden „Arbeiterstrich“ kommt.

Des Weiteren erarbeitet das Sozialreferat zusammen mit dem Quartiersmanagement des südlichen Bahnhofviertels unter Einbeziehung der Gewerbetreibenden und Anwohner Möglichkeiten zur Lösung der sozialen Probleme.

Begründung:
Das südliche Bahnhofviertel ist ein Schmelztiegel der Nationen. Geschäftsleute und Anwohner berichten trotz der hervorragenden Entwicklung des Stadtviertels von einem Gefühl der Unsicherheit, hervorgerufen durch Bettler und dem sich formierenden „Arbeiterstrich“.

Gegen diese sozialen Schwierigkeiten ist die Polizei machtlos, da nicht gegen Gesetze verstoßen wird. Daher ist an dieser Stelle die Stadt gefragt, sich der Probleme anzunehmen und Maßnahmen zu entwickeln, um die sozialen Unstimmigkeiten im südlichen Bahnhofviertel in den Griff zu bekommen.

Viele Geschäftsleute und Anwohner des Viertels weisen selbst einen Migrationshintergrund auf, und sind daher sehr um ein angenehmes Miteinander aller bemüht. Aus diesem Grund sind sie gerne aktiv an der Lösung der sozialen Probleme beteiligt.

Georg Schlagbauer, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 15.01.2014

Lernen vom Projekt „Essbare Stadt“ in Andernach
Aufnahme von Nutzpflanzen in das Pflanzkonzept für öffentliche Grünanlagen

Antrag

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, in Anlehnung an das Konzept der „Essbaren Stadt“ in Andernach:

1. in einem Pilotprojekt in einem Park (z.B. Westpark, Luitpoldpark, Olympiapark oder Ostpark..), in einem eigenen Bereich, auch Nutzpflanzen anzubauen.
2. ein Konzept zu entwickeln, wie Nutzpflanzen in München in besonderen Bereichen großer Grünflächen, auf kleinen Grünflächen oder auch entlang von Wegen und Straßen integriert werden können.
3. zu klären, wie temporäre Baulücken und –flächen für den Nutzpflanzanbau genutzt werden können
4. die Bürgerinnen und Bürger bei der Planung und Umsetzung der „Essbaren Stadt“ zu beteiligen
5. mit Sozialprojekten bei der Umsetzung zu kooperieren.

Begründung:
In Andernach werden seit 2010 Obst, Gemüse und Kräuter auf Grünflächen im öffentlichen Raum angebaut. Mit großem Erfolg. Jeder kann mitmachen, ob jäten oder ernten. So übernehmen die Andernacher Verantwortung für die Grünflächen ihrer Stadt. In der Stadt entsteht eine große Vielfalt an Blüten und Früchten und die Bürgerinnen und Bürger bekommen wieder Bezug zu den Pflanzen und Früchten der Region und können die Entwicklung von Lebensmitteln vom Säen bis zur Ernte miterleben und –erfahren. An der Mauer im Schlossgarten, wo das Projekt begann, steht jedes Jahr eine andere Nutzpflanze im Fokus. 2010 wurden 101 Tomatensorten gepflanzt, 2011 100 Bohnensorten und 2012 20 Zwiebelsorten. So kann eine Vielfalt von Gemüse und Obst aufgezeigt werden, die für viele längst vergessen ist. Neben der festen Anbaufläche im Schlossgarten werden auch temporäre Baulücken als Anbauflächen genutzt. Dadurch kann das Stadtklima mit temporären Begrünungsmaßnahmen aufgewertet werden.
Da das Bedürfnis nach urbanem Gärtnern auch in München ständig steigt, könnten mit einem Konzept der „Essbaren Stadt“ hier auch Möglichkeiten für alle unterschiedlichen Bedürfnisse nach dem Umgang mit Nutzpflanzen im öffentlichen Raum geschaffen werden.
Die Begründung im Ablehnungsschreiben auf einen ähnlichen Antrag des BA 15, dass die finanziellen und personellen Ressourcen im Baureferat nicht vorhanden seien, kann nicht gelten. Denn das Andernacher Konzept ist schon allein wegen seiner Einfachheit brillant.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Der Stadt gelingt ohne aufwendige Baumaßnahmen eine Aufwertung seiner Grünanlagen. Außerdem wurden kostenintensive Schmuckbeete in kostengünstigere Staudenflächen umgewandelt, heißt es in dem Antwortschreiben.
München wird immer dichter, der Wunsch nach einem eigenen Garten lässt sich für viele nicht verwirklichen. Deshalb sollte der öffentliche Raum diese Lücke schließen und auch die Möglichkeit zum Gärtnern anbieten. Neben einem Pilotprojekt in Parks und Grünanlagen sollte mit „Agropolis“ in Freiham Landwirtschaft für alle auch als Zwischennutzung praktiziert werden. So können die Menschen auch für die Gestaltung der eigenen Stadt in Gemeinschaft aktiviert werden.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger
Mitglied des Stadtrates

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 15. Januar 2014

Wohnungsbau an der Katharina-von-Bora-Straße Architektenwettbewerb abgeschlossen
Pressemitteilung SWM

GWG-Konzern baut über 1.900 Mietwohnungen und 20 Gewerbeeinheiten bis Ende 2018
Pressemitteilung GWG

Wohnungsbau an der Katharina-von-Bora-Straße
Architektenwettbewerb abgeschlossen

(15.1.2014) Die Preisträger des Architektenwettbewerbs für den Neubau von Wohnungen in der Katharina-von-Bora-Straße 8a stehen fest. Elf renommierte Architekturbüros hatten am Wettbewerb teilgenommen. Eine hochkarätige Jury hat nun drei Entwürfe prämiert.

Die anspruchsvolle Planungsaufgabe war, ein städtebauliches, freiraumplanerisches und architektonisches Bebauungskonzept für attraktive innerstädtische Wohnungen zu entwickeln. Das Grundstück des ehemaligen Heizkraftwerks in der Maxvorstadt ist knapp 7.000 m^2 groß. Die SWM werden hier bis 2017 rund 100 Mietwohnungen mit einem Anteil von 34 Prozent sozial geförderten Wohnungen errichten, darunter auch Werkswohnungen. Im Rahmen ihrer „Ausbauoffensive Werkswohnungen“ wollen die SWM bis zum Jahr 2021 insgesamt 500 Werkswohnungen auf ehemaligen Betriebsarealen bauen. Die SWM investieren fast 80 Millionen Euro in den Wohnungsbau.

Die Preisträger sind:
1. Platz: LEON WOHLHAGE WERNIK, Berlin mit Thomanek Duquesnoy, Berlin (Landschaftsplanung)

2. Platz: 03 Architekten GmbH / LeitWerk GmbH, München mit Keller Damm Roser, München (Landschaftsplanung)

3. Platz: Peter Meili, München mit Doris Grabner, München (Landschaftsplanung)

Die SWM werden nun als Auslober mit allen drei Preisträgern Verhandlungen führen und nach deren Abschluss einen der Preisträger mit dem Planungsauftrag betrauen.

Die Beiträge aller Wettbewerbsteilnehmer werden vom 4. bis 18. Februar im Foyer der SWM Zentrale (Emmy-Noether-

Herausgeber: Stadtwerke München GmbH • Emmy-Noether-Straße 2 • 80992 München • www.swm.de
Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Bettina Hess
Telefon: 0 89/23 61-50 42 • Telefax: 0 89/23 61-51 49 • E-Mail: presse@swm.de

Straße 2, 80992 München; U1/U7 „Westfriedhof“, Tram 20/21 „Borstei“) ausgestellt. Die Ausstellung wird am Dienstag, 4. Februar, um 10.30 Uhr eröffnet.

Hinweis: Fotos der prämierten Entwürfe können unter www.swm.de/presse heruntergeladen werden.

1. Preis: Büro Leon Wohlhage Wernik

2. Preis: 03 Architekten GmbH LeitWerk GmbH

3. Preis: Peter Meili

Presseinformation vom 15. Januar 2014

Download Text
unter: www.gwg-muenchen.de/presse

Ansprechpartner:
Michael Schmitt, GWG München Unternehmenskommunikation
Tel: 089 55114-212, Fax: 089 55114-218
michael.schmitt@gwg-muenchen.de

GWG München – gut zu wohnen

GWG-Konzern baut über 1.900 Mietwohnungen und 20 Gewerbeeinheiten bis Ende 2018

Die GWG München stemmt in den kommenden Jahren ein ambitioniertes Bauprogramm: Gemeinsam mit ihrer Tochtergesellschaft MGS Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH stellt sie durch Neubauten und umfassende Modernisierungen im Jahr 2014 insgesamt 371 geförderte und frei finanzierte Mietwohnungen fertig. Bis Ende des Jahres 2018 werden sogar 1.901 Mietwohnungen und 20 Gewerbeeinheiten mit 7.149 m² für Nahversorgung und soziale Einrichtungen realisiert.

371 Wohnungen werden 2014 bezogen

Im Baugebiet der GWG München im Stadtteil **Sendling-Westpark** entstehen entlang der Fernpaßstraße 35 geförderte Wohnungen. Derzeit werden dort noch abschließende Arbeiten im Bereich Innenausbau ausgeführt. Der Bezug der Wohnanlage erfolgt im Frühjahr 2014.

Im Stadtteil **Harthof** werden in diesem Jahr zwei Baumaßnahmen fertig gestellt. Im Juli 2014 werden 65 geförderte Wohnungen im Bereich Rathenaustraße/Lieberweg und Karl-Postl-Straße an die Mieterinnen und Mieter übergeben. Im August 2014 sind darüber hinaus an der gegenüberliegenden Ecke Lieberweg/Rathenaustraße 41 geförderte Wohnungen bezugsfertig.

Auch im Jahr 2014 wird in der Maikäfersiedlung im Stadtteil **Berg am Laim** weiterhin kräftig gebaut. Bereits im Februar 2014 werden an der Vincenz-von-Paul-Straße 13 frei finanzierte Wohnungen bezogen. Entlang der Bad-Schachener-Straße errichtet die GWG München derzeit zusätzliche 66 geförderte Wohnungen. Der Bezug dieser Wohnungen im Herbst 2014 ist zugleich der Abschluss der erfolgreichen Sanierungstätigkeit der GWG München in der Maikäfersiedlung. Ebenfalls im Jahr 2014 erfolgt die Wiedereröffnung der Traditionsgaststätte Echardinger Einkehr mit Biergarten und einer Wirte- bzw. Personalwohnung. Mit der Wiedereröffnung der Gaststätte erhält der Münchner Osten ein bedeutendes Zentrum des gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens zurück.

Nach Abschluss der umfassenden Modernisierungsmaßnahmen werden an der Lilienstraße in der **Au** 36 KomPro A geförderte Mietwohnungen bezugsfertig. Dieses Projekt wurde im Rahmen eines Forschungsvorhabens zur CO_2-neutralen Energieversorgung entwickelt. An der Blutenburgstraße im Stadtteil **Neuhausen** entstehen im Rahmen von Dachgeschossausbauten weitere 2 frei finanzierte Mietwohnungen.

Die **MGS** stellt 112 Mietwohnungen in diesem Jahr fertig, womit sie einen großen Anteil am Bauprogramm des GWG-Konzerns trägt. Die vier KomPro B bzw. KomPro C Einheiten der MGS in **Moosach** an der Bunzlauer-/Baubergerstraße, an der Caub-/Triebstraße und an der Feichtmayr-/Darmstädter Straße sowie an der Königsdorfer Straße in **Sendling**, sind in diesem Jahr einzugsbereit.

2014 – Baubeginn für weitere 208 Wohnungen

Die GWG München beginnt im Jahr 2014 mit dem Neubau bzw. der umfassenden Modernisierung von zusätzlichen 208 Mietwohnungen:

Am **Harthof** starten im Jahr 2014 gleich drei Sanierungsmaßnahmen (Abbruch und Neubau) mit insgesamt 116 geförderten und 42 frei finanzierten Mietwohnungen.

Im Stadtteil **Au** werden an der Lilienstraße 12 frei finanzierte Mietwohnungen begonnen. Am Kegelhof werden 11 Wohnungen umfassend modernisiert und 27 Wohnungen neu errichtet, ebenfalls ausschließlich als Mietwohnungen.

1.530 Wohnungen werden 2015 bis 2018 bezogen

Die Planungen im GWG-Konzern sehen von 2015 bis Ende 2018 die Fertigstellung von weiteren 1.530 Mietwohnungen vor. Die Schwerpunkte der Bautätigkeit liegen zunächst in den Sanierungsgebieten am **Harthof** und in **Sendling-Westpark** sowie am Ackermannbogen in **Schwabing**. Ab Mitte 2015 errichtet die GWG München dann auf dem nördlichen Teil des ehemaligen Stückgutgeländes in **Pasing** insgesamt 374 Mietwohnungen sowie Räume für kulturelle und soziale Einrichtungen. In **Ramersdorf** wird ab 2017 mit der Sanierung der Siedlung an der Haldenseestraße begonnen. Im ersten Bauabschnitt entstehen südlich der Bad-Schachener-Straße zusammengerechnet 87 geförderte Mietwohnungen.

Die GWG München

Derzeit bewirtschaftet die GWG München über 27.000 Mietwohnungen und knapp 600 Gewerbeeinheiten. Sie arbeitet kontinuierlich daran, in der stetig wachsenden Stadt bezahlbaren Wohnraum für die Münchnerinnen und Münchner anzubieten. Darüber hinaus engagiert sich das Unternehmen in der Stadtteilentwicklung, realisiert Wohnformen für alle Lebensphasen und verpflichtet sich dem Klimaschutz. Im Mittelpunkt aller Aktivitäten stehen immer die Wohn- und Lebensqualität der Kunden.